IDH CONSULT

BERATUNG. PLANUNG. EINSATZFÄHIGKEIT.

# Verfahrensleitfaden

Integrierte Leitstelle Ludwigsburg (ILS gGmbH)

Verfahren: 2026-016-Erg



Notruf 112 ILS Ludwigsburg

www.idh-consult.de

Alle Rechte vorbehalten. Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung ihres Inhalts sind nicht gestattet, soweit nicht schriftlich zugestanden. © Copyright IDH-consult GmbH

16.11.2026

# Inhaltsverzeichnis

1 Vorbemerkungen ... 2
2 Anzubietende Leistungen und Leistungsumfang ... 2
2.1 Darstellung der zu erbringenden Leistungen ... 2
2.2 Vergabestelle – Auftraggeber - Vertragspartner ... 3
3 Formale Angaben zum Vergabeverfahren und dessen Ablauf ... 4
3.1 Vergabeverfahren ... 4
3.2 Hauptangebot, Nebenangebot ... 4
3.3 Bietereignung ... 4
3.4 Zuschlagskriterien ... 5
3.5 Aufhebung des Verfahrens, Vergabevorbehalt ... 7
3.6 Zuschlag ohne Verhandlung (§ 17 Abs. 11 VgV) ... 7
4 Form des Angebots, Zusendung an die Vergabestelle ... 8
4.1 Form des Angebots ... 8
4.2 Unklarheiten in den Vergabeunterlagen, Bieterfragen, Auskünfte ... 8
4.3 Bietergemeinschaften, Unterauftragnehmer ... 9
4.4 Nachfordern von Unterlagen ... 9
4.5 Kosten der Angebotserstellung ... 9
4.6 Einverständnis der Bieter, Datenschutz ... 9
4.7 Übersicht der einzureichenden Unterlagen ... 10
5 Mitteilungen und Bekanntmachungen ... 11
5.1 Mitteilungen über nicht berücksichtigte Angebote, § 134 GWB ... 11
5.2 Bekanntmachung der Auftragsvergabe ... 11
6 Zuschlags- und Bindefrist ... 11
7 Ausschluss vom Verfahren, Änderung der Eignung ... 11
8 Tariftreue und Mindestlohn ... 12
9 Vergabekammer ... 12
10 Anlagen zum Verfahren ... 12

# Gendererklärung

Aus Gründen der Lesbarkeit und Übersichtlichkeit sowie in Orientierung an den Regeln der deutschen Rechtschreibung werden im vorliegenden Dokument nicht an allen Stellen explizit geschlechtsneutrale Begriffe verwendet. Soweit Begriffe wie „der/die Projektleiter" (Singular/Plural) verwendet werden, wird darunter immer der Einbezug aller Geschlechter (m/w/d) verstanden.

# 1 Vorbemerkungen

Bitte lesen Sie den Verfahrensleitfaden zur Erstellung des Angebots sowie die Anlagen sorgfältig durch. Darüber hinaus werden Sie gebeten, unmittelbar die Vollständigkeit der Unterlagen zu überprüfen.

Der Umfang und die Ausgestaltung der zu vergebenden Leistung bestimmen sich nach diesem Leitfaden sowie dessen Anlagen, den Verträgen sowie den Formularen zum Verfahren (Anlage 1).

Die vollständigen Vergabeunterlagen sowie ggf. zusätzliche Informationen infolge von Bieterfragen sind im Internet direkt und frei zugänglich abrufbar unter:

www.dtvp.de

Für den Teilnahmeantrag sind Teil 1 und für das Angebot Teil 2 der als Anlage 1 beiliegenden Formulare zum Verfahren zu verwenden.

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Der Schriftverkehr mit der Vergabestelle ist ausschließlich in deutscher Sprache und über die Vergabeplattform DTVP zu führen. Die Preise der Positionen sind in das LV in Euro und ohne etwaige Umsatzsteuer einzutragen.

Die Ihnen vorliegenden Unterlagen dürfen nur im Rahmen dieser Ausschreibung verwendet werden. Eine weitergehende anderweitige Nutzung - gleich welcher Art - ist an die schriftliche Zustimmung der Vergabestelle gebunden.

# 2 Anzubietende Leistungen und Leistungsumfang

## 2.1 Darstellung der zu erbringenden Leistungen

Die Integrierte Leitstelle Ludwigsburg (ILS gGmbH) plant die Erneuerung der Hardware der bestehenden Leitstellentechnik am Standort der ILS in der Feuerwache Ludwigsburg sowie der Redundanzleitstelle im DRK-Zentrum im Stadtgebiet Ludwigsburg.

Die ILS Ludwigsburg übernimmt gemäß den aktuell geltenden Gesetzen des Landes Baden-Württemberg und verschiedenen Anweisungen der Fachministerien die ihr übertragenen Aufgaben. Die Leitstelle wird als Einrichtung zur Notrufannahme, Alarmierung, Information und Kommunikation betrieben.

Die ILS ist für das Gebiet des Landkreises Ludwigsburg mit einer Einsatzfläche von ca. 687 km² und ca. 545.800 Einwohnern zuständig und steuert die Bereiche Feuerwehr, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz. Die Leitstelle besteht derzeit aus 9 vollausgestatteten Einsatzleitplätzen (ELP), einem Ausnahmearbeitsplatz (AAP) und sechs Funktionsarbeitsplätzen (Leitstellenleitung und Administratoren), sie befindet sich in der Feuerwache Ludwigsburg, Marienstraße 22.

Die Redundanzleitstelle mit zwei Einsatzleitplätzen und vier Ausnahmearbeitsplätzen befindet sich im DRK-Zentrum in Ludwigsburg in der Reuteallee 19.

Im Rahmen der Teilerneuerung der Leitstellentechnik sollen mit dieser Ausschreibung Komponenten für die ILS und die Redundanzleitstelle für folgende Bereiche beschafft werden:

- Hardwareplattformen als Basis für den Betrieb verschiedener virtueller Server
- Datenbankserver und Speichersysteme
- Teilerneuerung der Ausstattung der verschiedenen Arbeitsplatztypen
- Aktive Netzwerkkomponenten

Zudem sind für die gelieferten Komponenten und Teile der Bestandstechnik Serviceleistungen (Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft einschließlich vorbeugender Wartung, Bereitstellung neuer Programmstände

(Firmware/Systemsoftware), Hotline, Rufbereitschaft, Vor-Ort-Service, Lizenzmanagement, Abwicklung von Mängelhaftungs-, Garantie- und Herstellerserviceleistungen sowie Datensicherungsservices) gemäß IT-Servicekonzept (Anlage 3) und EVB-IT Servicevertrag (Anlage 4) anzubieten. Einzelheiten sind der Leistungsbeschreibung/ -verzeichnis (Anlage 2) zu entnehmen.

## 2.2 Vergabestelle – Auftraggeber - Vertragspartner

Auftraggeber ist die ILS gGmbH. Die Aufgaben der Vergabestelle übernimmt das Landratsamt Ludwigsburg.

Die ILS gGmbH wird in diesem Verfahrensleitfaden sowie dessen Anlagen gleichbedeutend auch als „Auftraggeber" bezeichnet. Das Landratsamt Ludwigsburg wird in diesem Verfahrensleitfaden sowie dessen Anlagen gleichbedeutend als „Vergabestelle" bezeichnet. Die Bieter werden gleichbedeutend auch als „Bewerber", „Unternehmer", oder „Auftragnehmer" bezeichnet. Auftraggeber und Auftragnehmer werden gemeinsam auch als „Parteien" und „Vertragspartner" bezeichnet.

# 3 Formale Angaben zum Vergabeverfahren und dessen Ablauf

## 3.1 Vergabeverfahren

Das vorliegende Verfahren wird aufgrund des geschätzten Auftragswerts der zu vergebenden, in den Vergabeunterlagen beschriebenen Leistung, europaweit im Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb nach § 17 VgV durchgeführt. Das Verfahren gliedert sich in zwei Phasen.

Phase 1 – Teilnahmewettbewerb: Interessierte Unternehmen reichen bis zum 22.12.2026, 09:00 Uhr, einen Teilnahmeantrag in Textform unter Verwendung von Teil 1 der Formulare zum Verfahren (Anlage 1, Formulare 1.1 bis 1.4) über das Vergabeportal dtvp.de ein. Mit dem Teilnahmeantrag sind die Eignung gemäß Nummer 3.3 nachzuweisen und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB zu erklären. Fragen zum Teilnahmewettbewerb können bis zum 15.12.2026, 12:00 Uhr, gestellt werden; rechtzeitig eingegangene Fragen werden bis zum 16.12.2026 beantwortet. Verspätet eingegangene Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt.

Maximal fünf Bewerber, die die Eignungsanforderungen erfüllen und bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen, werden spätestens am 11.01.2027 zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Bewerber, die nicht zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, werden darüber informiert.

Phase 2 – Angebots- und ggf. Verhandlungsphase: Die aufgeforderten Bieter geben ihr Angebot gemäß Nummer 4 unter Verwendung von Teil 2 der Formulare zum Verfahren (Anlage 1, Formulare 2.1 bis 2.6) ab. Die Vergabestelle kann den Zuschlag auf die Erstangebote erteilen oder gemeinsam mit dem Auftraggeber Verhandlungen gemäß Nummer 3.6 führen.

## 3.2 Hauptangebot, Nebenangebot

- Die Abgabe mehrerer Hauptangebote ist unzulässig.
- Nebenangebote sind nicht zugelassen.

## 3.3 Bietereignung

Wie aus der Vergabebekanntmachung ersichtlich, sind folgende Mindestanforderungen mit dem Teilnahmeantrag (Formulare 1.2 und 1.3 der Anlage 1) nachzuweisen.

### 3.3.1 Mindestumsatz (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV)

Der durchschnittliche Netto-Gesamtjahresumsatz muss in den vergangenen drei Geschäftsjahren mindestens 2,0 Mio. Euro pro Jahr betragen haben.

### 3.3.2 Anzahl Mitarbeitende

Als Mindestanforderung an die technische und berufliche Leistungsfähigkeit muss der Bieter mindestens fünf fachlich geeignete Mitarbeitende beschäftigen. Damit soll sichergestellt sein, dass sowohl die Umsetzung des Auftrags als auch der anschließende Service (Hotline, Rufbereitschaft und Vor-Ort-Einsätze) im Bereich Hardware und Netzwerktechnik dauerhaft erbracht werden können. Der Nachweis erfolgt durch Eigenerklärung zur Anzahl der Beschäftigten mit dem Teilnahmeantrag (Formular 1.2).

### 3.3.3 Referenzen

Mindestens drei geeignete Referenzen von Projekten, die mit dem ausgeschriebenen Leistungsumfang vergleichbar sind, in Integrierten Leitstellen mit mindestens fünf vollwertigen Einsatzleitplätzen. Die Inbetriebnahme muss innerhalb der letzten fünf Jahre vor dem Tag der Absendung der Auftragsbekanntmachung stattgefunden haben. Mindestens eine Referenz muss sich auf eine ILS mit Redundanzleitstelle beziehen. Die Angaben sind in Formular 1.3 einzutragen.

Erfüllen mehr als fünf Bewerber die Eignungsanforderungen, wird die Anzahl der Referenzen zugleich für die Auswahl der Bewerber herangezogen, die zur Angebotsabgabe (Phase 2) aufgefordert werden. Jede über die geforderten drei Referenzen hinausgehende Referenz wird mit einem Punkt bewertet. Die fünf Bewerber mit der höchsten Punktzahl werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei Punktgleichheit entscheidet das Los.

### 3.3.4 Eigene Servicehotline

Nachweis einer Servicehotline mit ständiger Erreichbarkeit (24/7/365) und Rufannahme durch einen fachlich geeigneten Mitarbeiter (kein Anrufbeantworter). Die Reaktionszeit bis zum Beginn der Störungsbeseitigung auf den Systemen der Leitstelle durch einen geeigneten Servicetechniker darf bei Störungen der Priorität 1 nicht mehr als 15 Minuten nach Abgabe der Störungsmeldung betragen. Siehe Anlage 3 (LB ILS HW_IT Servicekonzept HW und Netzwerk) Positionen 4.2, 4.3 und 4.7. Die Beschreibung (max. eine DIN A4 Seite) ist dem Teilnahmeantrag als Anlage A beizufügen (vgl. Formular 1.3).

### 3.3.5 Nächster Servicestandort

Nachweis eines Servicestandorts von dem aus fachlich geeignete Mitarbeiter für eine Störungsbehebung anreisen, falls ein Einsatz in der Leitstelle erforderlich ist. Der Mitarbeiter muss bei Störungen der Priorität 1 und 2 spätestens vier Stunden nach Alarmierung des Vor-Ort-Einsatzes in der Leitstelle eintreffen. Siehe Anlage 3 (LB ILS HW_IT Servicekonzept HW und Netzwerk) Positionen 4.3 und 4.4. Die Beschreibung (max. eine DIN A4 Seite) ist dem Teilnahmeantrag als Anlage B beizufügen (vgl. Formular 1.3).

## 3.4 Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird gemäß § 127 GWB in Verbindung mit § 58 VgV auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Grundlage ist das beste Preis-Leistungs-Verhältnis. Die Angebote werden anhand der folgenden Zuschlagskriterien und Gewichtungen bewertet:

- Personalkonzept 20%,
- Umsetzungskonzept 20%,
- Servicekonzept 20%,
- Preis 40%

Die Gewichtung in Prozent entspricht der je Kriterium maximal erreichbaren Zahl an Wertungspunkten (20 % = 20 Wertungspunkte, 40 % = 40 Wertungspunkte). Insgesamt sind maximal 100 Wertungspunkte erreichbar.

Die Konzepte sind mit dem Angebot als gesonderte Dokumente einzureichen (Personalkonzept als Anlage D, Umsetzungskonzept als Anlage E, Servicekonzept als Anlage F gemäß Formular 2.3 der Anlage 1). Sie sollen jeweils einen Umfang von zwei Seiten (DIN A4) nicht überschreiten und sich konkret auf die ausgeschriebene Leistung sowie die örtlichen Gegebenheiten der ILS und der Redundanzleitstelle beziehen. Allgemeine Unternehmens- oder Produktdarstellungen werden nicht bewertet.

Die Konzepte werden durch ein Bewertungsgremium des Auftraggebers anhand der nachfolgenden Punkteskala bewertet:

- 5 Punkte: Die Anforderungen werden vollständig, schlüssig und konkret auf das Projekt bezogen dargestellt; das Konzept lässt eine besonders hohe Qualität der Leistungserbringung erwarten.
- 3 Punkte: Die Anforderungen werden weitgehend vollständig und nachvollziehbar dargestellt; es bestehen nur geringfügige Lücken oder Unklarheiten.
- 1 Punkt: Die Anforderungen werden nur teilweise, überwiegend allgemein oder mit erheblichen Lücken dargestellt.
- 0 Punkte: Es wurde kein Konzept eingereicht oder das Konzept ist ungeeignet bzw. nicht bewertbar.

Die erreichten Punkte werden je Kriterium wie folgt in Wertungspunkte umgerechnet (Gewichtung = 20 Wertungspunkte je Konzept):

$$\text{Wertungspunkte} = \frac{\text{erreichte Punkte}}{5} \times \text{Gewichtung}$$

Das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl aus allen Kriterien erhält den Zuschlag. Bei Punktgleichheit entscheidet der niedrigere Angebotspreis.

### 3.4.1 Personalkonzept (20%)

Im Personalkonzept sind die Qualifikation und Erfahrung des für die Umsetzungsphase und den anschließenden Servicebetrieb vorgesehenen Personals darzustellen (§ 58 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 VgV). Die Anzahl der Mitarbeitenden ist Gegenstand der Eignungsprüfung (Nummer 3.3.2) und wird hier nicht bewertet. Bewertet werden insbesondere:

- die Qualifikation und Erfahrung der vorgesehenen Projektleitung sowie die Zuordnung der Qualifikationen zu den Rollen im Projekt- und Serviceteam,
- die fachliche Qualifikation, Herstellerzertifizierungen und Erfahrung der vorgesehenen Mitarbeitenden, insbesondere in Integrierten Leitstellen bzw. in Umgebungen mit 24/7-Betrieb,
- die Maßnahmen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualifikation über die Vertragslaufzeit (z. B. Schulungen, Herstellerzertifizierungen) sowie die gleichwertige Qualifikation der Vertretungen.

### 3.4.2 Umsetzungskonzept (20%)

Im Umsetzungskonzept ist darzustellen, wie die Erneuerung der Hardware und Netzwerktechnik in der ILS und der Redundanzleitstelle durchgeführt wird. Bewertet werden insbesondere:

- der Projektablauf mit Zeitplan, Meilensteinen und Abstimmungsterminen mit dem Auftraggeber,
- das Vorgehen zur Migration im laufenden 24/7-Leitstellenbetrieb, ohne die Notrufannahme und Disposition zu beeinträchtigen, einschließlich der Nutzung der Redundanzleitstelle,
- die Abstimmung und Schnittstellenkoordination mit den Lieferanten des Einsatzleitsystems (ELS) und des Kommunikationsmanagementsystems (KMS).

### 3.4.3 Servicekonzept (20%)

Im Servicekonzept ist darzustellen, wie die Anforderungen aus dem IT-Servicekonzept (Anlage 3) und dem EVB-IT Servicevertrag (Anlage 4) umgesetzt werden. Bewertet werden insbesondere:

- die Organisation von Hotline und Ticketsystem sowie das Vorgehen bei Störungen der Prioritäten 1 bis 3 einschließlich der Einhaltung der Reaktions- und Vor-Ort-Zeiten,
- das Patch- und Updatemanagement einschließlich Freigabeprozess, die quartalsweise Systemüberprüfung und die Servicegespräche mit dem Auftraggeber.

### 3.4.4 Preis (40%)

Bewertet wird der Gesamtpreis (netto) gemäß Formular 2.4 der Formulare zum Verfahren (Anlage 1) und Leistungsverzeichnis (Anlage 2). Er setzt sich aus den Preisen für die Lieferleistungen und der Servicepauschale für die gesamte Vertragslaufzeit von 60 Monaten gemäß EVB-IT Servicevertrag (Anlage 4) zusammen.

Das Angebot mit dem niedrigsten Gesamtpreis erhält die volle Punktzahl von 40 Wertungspunkten. Die übrigen Angebote erhalten Wertungspunkte nach folgender Formel:

$$\text{Wertungspunkte} = 40 \times \frac{\text{niedrigster Gesamtpreis}}{\text{Gesamtpreis des zu bewertenden Angebots}}$$

Die Wertungspunkte werden auf zwei Nachkommastellen gerundet.

### 3.5 Aufhebung des Verfahrens, Vergabevorbehalt

Die Vergabestelle ist nicht verpflichtet, den Zuschlag zu erteilen. Sie ist berechtigt, das Vergabeverfahren unter den Voraussetzungen des § 63 VgV ganz oder teilweise aufzuheben.

Den Bewerbern/Bietern stehen für den Fall der Aufhebung des Verfahrens keine Ansprüche auf Erstattung von Aufwendungen, Schadensersatz o.ä. zu.

### 3.6 Zuschlag ohne Verhandlung (§ 17 Abs. 11 VgV)

Die Vergabestelle behält sich gemäß § 17 Abs. 11 VgV vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten.

Die Bieter werden daher gebeten, bereits ihr Erstangebot vollständig, verbindlich und zu ihren besten Konditionen abzugeben. Ein Anspruch der Bieter auf Durchführung von Verhandlungen besteht nicht.

Entscheiden sich Vergabestelle und Auftraggeber für Verhandlungen, werden die betreffenden Bieter gesondert über Ablauf und Termine sowie die Aufforderung zur Abgabe eines endgültigen Angebots informiert. Verhandelt werden kann über den gesamten Angebotsinhalt mit Ausnahme der in den Vergabeunterlagen festgelegten Mindestanforderungen und Zuschlagskriterien (§ 17 Abs. 10 VgV). Die Vergabestelle behält sich gemeinsam mit dem Auftraggeber vor, die Verhandlungen in aufeinanderfolgenden Phasen durchzuführen und die Zahl der Angebote anhand der Zuschlagskriterien (Nummer 3.4) zu verringern (§ 17 Abs. 12 VgV).

Der EVB-IT Servicevertrag (Anlage 4) wird nach Zuschlag mit dem Auftragnehmer lediglich in organisatorischen Einzelheiten abgestimmt (insbesondere Ansprechpartner, Kontaktdaten, Leitweg-ID, Fernwartungs- und Ticketsystem, Termine). Leistungsumfang, Preise und Vertragsbedingungen bleiben unverändert.

# 4 Form des Angebots, Zusendung an die Vergabestelle

## 4.1 Form des Angebots

Die Angebotsübermittlung hat mithilfe elektronischer Mittel über das Online-Vergabeportal dtvp.de zu erfolgen. Diese erfolgt im Projektraum über den Menüpunkt „Angebote". Dort wird das kostenlose „Bietertool" bereitgestellt, welches eine separate Installation erfordert.

Die Dateien sollen im Dateiformat „pdf" eingereicht werden. Das Angebot ist in Textform nach § 126b BGB unter Angabe der Person des Erklärenden einzureichen (§ 53 Abs. 1 VgV).

Hinweis zur Dateigröße: Die Gesamtgröße des Angebots darf aus technischen Gründen 500 MB grundsätzlich nicht überschreiten.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Angebotsfrist die Übermittlung des Angebots zu testen.

Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang finden Sie unter www.dtvp.de weitergehende Informationen. Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Angebotsabgabe grundsätzlich keine Auskünfte erteilen.

Anderweitig übermittelte Angebote, wie z.B. per Telefax oder E-Mail, sind nicht zugelassen.

Das Angebot ist spätestens bis zum 11.02.2027, 09:00 Uhr abzugeben.

## 4.2 Unklarheiten in den Vergabeunterlagen, Bieterfragen, Auskünfte

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, insbesondere solche, welche die Preisermittlung beeinflussen können, so hat der Bieter die Vergabestelle umgehend darauf hinzuweisen.

Der Bieter hat die Vergabestelle auf evtl. Widersprüche in den Ausschreibungsunterlagen und die evtl. Unvollständigkeit der ausgeschriebenen Leistung unverzüglich aufmerksam zu machen.

Die Bieter haben die Möglichkeit, das Vergabeverfahren und den Leistungsgegenstand betreffende Fragen zu stellen.

Die Fragen sind über die Online-Vergabeplattform im entsprechenden Projektraum bis spätestens **04.02.2027 um 12:00 Uhr** einzureichen.

Fragen, die nicht bis zum vorstehenden Termin übermittelt wurden, können grundsätzlich nicht mehr vor dem Ablauf der Angebotsfrist beantwortet werden.

Die Fragen der Bieter werden gesammelt, sortiert und soweit möglich in regelmäßigem Turnus beantwortet. Die Erteilung zusätzlicher Auskünfte erfolgt bis spätestens **sechs Kalendertage** vor Ablauf der Angebotsfrist.

Die zusätzlichen Auskünfte werden ausschließlich auf der Online-Plattform dtvp.de im Projektraum zur Verfügung gestellt.

**Bitte beachten Sie:** Es obliegt den Bietern, sicherzustellen, dass sie vor Angebotsabgabe mögliche zusätzliche Informationen auf dieser Online-Plattform abgerufen haben bzw. die Online-Plattform auf solche geprüft haben.

Die vor Ende der Angebotsfrist auf oben genannter Plattform veröffentlichten Antworten sind im Rahmen der Angebotserstellung von den Bietern zu beachten und werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

## 4.3 Bietergemeinschaften, Unterauftragnehmer

### 4.3.1 Bietergemeinschaften

Geben mehrere Unternehmen ein gemeinschaftliches Angebot ab, so hat die Bietergemeinschaft eine von allen Mitgliedern in Textform abgegebene Erklärung abzugeben. In dieser Erklärung muss die Aufgabenteilung innerhalb der Bietergemeinschaft für den Auftragsfall organisatorisch dargestellt sein. Darüber hinaus sind alle Mitglieder der Bietergemeinschaft aufzuführen und ein für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigter Vertreter zu benennen. Weiterhin ist zu erklären, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. Hierfür ist Formular 1.1 der Anlage 1 zu verwenden; die Erklärung ist mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

### 4.3.2 Unterauftragnehmer

Die Bieter sind bei Angebotsabgabe verpflichtet, die Teile des Auftrags, die sie im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben beabsichtigen, sowie, falls bereits bekannt, die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen (Formular 2.2 der Anlage 1).

Vor Zuschlagserteilung kann die Vergabestelle von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangen, die Unterauftragnehmer zu benennen, nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen und Erklärungen zu den Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB abzugeben.

Einen Unterauftragnehmer, bei dem ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB vorliegt, muss der Bieter auf Verlangen der Vergabestelle ersetzen. Die Vergabestelle behält sich vor, die Ersetzung eines Unternehmens zu verlangen, bei welchem ein Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt. Nimmt der Bieter eine solche Ersetzung nicht oder nicht innerhalb der vorgegebenen Frist vor, führt dies zum Ausschluss des betreffenden Bieters.

## 4.4 Nachfordern von Unterlagen

Die Vergabestelle behält sich vor, die Bieter im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

Ein Anspruch der Bieter hierauf besteht nicht.

## 4.5 Kosten der Angebotserstellung

Für das Bearbeiten und Erstellen des Angebots wird den Bietern keine Entschädigung gewährt.

## 4.6 Einverständnis der Bieter, Datenschutz

Jeder am Verfahren beteiligte Bieter erklärt sich durch seine Beteiligung und Mitwirkung mit den vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden. Verlautbarungen jeglicher Art über Inhalt und Ablauf des Verfahrens vor und während der Laufzeit des Wettbewerbs sowie des sich ggf. anschließenden Vergabeverfahrens einschließlich der Veröffentlichung aller Ergebnisse dürfen nur durch die Vergabestelle und ihre Bevollmächtigten abgegeben werden.

Jeder Bieter willigt durch seine Beteiligung am Verfahren ein, dass seine personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren in Form einer automatisierten Datei geführt werden. Für die weiteren Einzelheiten wird auf die Anlage 6 „Information Datenschutz" verwiesen, die mit Angebotsabgabe einzureichen ist.

Jeder Bieter hat mit Übersendung von Unterlagen im Vergabeverfahren diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung des Bieters daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

### 4.7 Übersicht der einzureichenden Unterlagen

Das Verfahren ist zweistufig. Die Unterlagen sind getrennt je Phase über das Vergabeportal dtvp.de einzureichen. Unterlagen der Phase 2 sind nicht bereits mit dem Teilnahmeantrag einzureichen; Unterlagen der Phase 1 werden in Phase 2 nicht erneut benötigt, sofern sich keine Änderungen ergeben haben (siehe Nummer 7).

Die Anlagen 3 (IT-Servicekonzept), 4 (EVB-IT Servicevertrag), 5 (Service AGB), 7 (Besondere Vertragsbedingungen LTMG BW) und 8 (Zusätzliche Vertragsbedingungen) sind Bestandteil der Vergabeunterlagen und nicht gesondert zurückzusenden.

**Phase 1 – Teilnahmeantrag (bis 22.12.2026, 09:00 Uhr), alle interessierten Unternehmen:**

- Formular 1.1: Allgemeine Angaben des Bewerbers, bei Bietergemeinschaften einschließlich Angaben zu allen Mitgliedern, zur Aufgabenteilung und zum bevollmächtigten Vertreter
- Formular 1.2: Eignungsnachweise und Eigenerklärungen (bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied gesondert)
- Formular 1.3: Nachweis der Mindestanforderungen mit den Referenzen Nr. 1 bis 3
- Formular 1.4: Erklärung und Signatur zum Teilnahmeantrag
- Anlage A: Beschreibung der Servicehotline
- Anlage B: Beschreibung des Servicestandorts und des Ablaufs eines Vor-Ort-Einsatzes
- ggf. Verpflichtungserklärungen anderer Unternehmen bei Eignungsleihe (Nummer 7)

**Phase 2 – Angebot (bis 11.02.2027, 09:00 Uhr), nur die zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bieter:**

- Formular 2.1: Allgemeine Angaben des Bieters
- Formular 2.2: Unterauftragnehmer
- Formular 2.3: Technische Anforderungen und Konzepte
- Formular 2.4: Preisliche Angaben
- Formular 2.5: Tariftreue- und Mindestentgelterklärung (LTMG)
- Formular 2.6: Rechtsverbindliche Erklärungen und Signatur
- Anlage C: in der Leistungsbeschreibung bzw. im Leistungsverzeichnis geforderte Angaben und Nachweise
- Anlage D: Personalkonzept,
- Anlage E: Umsetzungskonzept,
- Anlage F: Servicekonzept
- Leistungsverzeichnis (Anlage 2) mit eingetragenen Preisen
- Information Datenschutz (Anlage 6)
- Eigenerklärung Informationen zum Bieter (Anlage 9)
- Eigenerklärung Russland-Sanktionen (Anlage 10)

# 5 Mitteilungen und Bekanntmachungen

## 5.1 Mitteilungen über nicht berücksichtigte Angebote, § 134 GWB

Die Zuschlagserteilung soll durch die Vergabestelle nach Möglichkeit bis 05.03.2027 erfolgen. Die Vergabestelle informiert die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, spätestens 15 Kalendertage vor Vertragsschluss per Post oder 10 Kalendertage vor dem Vertragsabschluss per Fax oder E-Mail über den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihrer Angebote sowie den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses.

## 5.2 Bekanntmachung der Auftragsvergabe

Die Vergabestelle macht die Vergabe des Auftrags gemäß § 39 VgV spätestens 30 Tage nach Zuschlagserteilung im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt.

# 6 Zuschlags- und Bindefrist

Mit Ablauf der Angebotsfrist beginnt die Zuschlags- und Bindefrist. Die Bieter sind bis zum 05.03.2027 an ihre Angebote gebunden. Das Angebot kann während der Zuschlags- bzw. Bindefrist nicht zurückgezogen werden.

Eine Verlängerung der Zuschlags- und Bindefrist erfolgt nicht automatisch. Wird eine Verlängerung erforderlich, beispielsweise aufgrund eines Nachprüfungsverfahrens, fordert die Vergabestelle die noch im Verfahren verbliebenen Bieter rechtzeitig vor Ablauf der bestehenden Bindefrist in Textform auf, der Verlängerung unter Angabe des neuen Fristendes zuzustimmen. Die Zustimmung ist innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten angemessenen Frist in Textform zu erklären.

# 7 Ausschluss vom Verfahren, Änderung der Eignung

Mit dem Teilnahmeantrag ist die Eignung gemäß den Vorgaben zu Eignungskriterien in der Vergabebekanntmachung nachzuweisen. Die vorzulegenden Erklärungen und Nachweise ergeben sich zudem aus Teil 1 der Formulare zum Verfahren (Anlage 1).

Die Eignung ist, soweit nicht anders vorgegeben, für jeden Bieter und jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft gesondert nachzuweisen.

Ein Bieter kann sich - auch außerhalb einer Bietergemeinschaft - zur Erfüllung der Anforderungen an sein Unternehmen anderer Unternehmen bedienen („Eignungsleihe"). Dabei kommt es nicht auf den rechtlichen Charakter der Verbindung an (z.B. konzernverbundenen Unternehmen). Das Unternehmen, dessen Fähigkeiten sich der Bieter bedient, ist mit dem Teilnahmeantrag anzugeben. Zudem ist durch entsprechende Verpflichtungserklärung nachzuweisen, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel des betreffenden Unternehmens im Fall der Auftragserteilung auch tatsächlich zur Verfügung stehen.

Bieter, bei denen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen oder die die Eignungsanforderungen nicht erfüllen, werden vom Verfahren ausgeschlossen. Ändern sich nach Abgabe des Teilnahmeantrags bzw. des Angebots Umstände, die die Eignung oder das Vorliegen von Ausschlussgründen betreffen, hat der Bieter dies der Vergabestelle unverzüglich mitzuteilen.

## 8 Tariftreue und Mindestlohn

Am 1. Juli 2013 ist das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) in Kraft getreten. Danach dürfen öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Auftragswert von EUR 20.000,00 (netto) nur an Unternehmen vergeben werden, die sich in Phase 2 des Verfahrens bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, die Tariftreuepflichten nach § 3 LTMG zu erfüllen und die Zahlung des Mindestentgelts nach § 4 LTMG zu gewährleisten.

Bei der Angebotsabgabe ist eine schriftliche Verpflichtungserklärung des Bieters gemäß § 3 Abs. 1 bis 3 LTMG (Tariftreueerklärung) unter Verwendung von Formular 2.5 der Anlage 1 sowohl für den Bieter als auch für die Nachunternehmer und Verleihunternehmen, die der Bieter bei der Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen einbinden möchte, abzugeben.

## 9 Vergabekammer

Zuständige Vergabekammer ist die

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Kapellenstraße 17

76131 Karlsruhe

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Auf die Rügeobliegenheiten nach § 160 Abs. 3 GWB wird hingewiesen. Danach ist ein Nachprüfungsantrag insbesondere unzulässig, soweit der Bieter einen erkannten Verstoß gegen Vergabevorschriften nicht innerhalb von zehn Kalendertagen gegenüber der Vergabestelle gerügt hat, Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Bewerbungs- bzw. Angebotsfrist gerügt hat oder mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

## 10 Anlagen zum Verfahren

| | |
|---|---|
| Anlage 1: | LB ILS HW_Formulare zum Verfahren |
| Anlage 2: | LB ILS HW_LV Hardware und Netzwerktechnik |
| Anlage 3: | LB ILS HW_IT Servicekonzept HW und Netzwerk |
| Anlage 4: | LB ILS HW_EVB-IT Service Vertrag HW und Netzwerk (Entwurf) |
| Anlage 5: | LB ILS HW_IT Service AGB |
| Anlage 6: | LB ILS HW_Information Datenschutz |
| Anlage 7: | LB ILS HW_Besondere Vertragsbedingungen LTMG BW |
| Anlage 8: | LB ILS HW_Zusätzliche Vertragsbedingungen |
| Anlage 9: | LB ILS HW_Eigenerklärung Informationen zum Bieter |
| Anlage 10: | LB ILS HW_Eigenerklärung Russland-Sanktionen |
| Anlage 11: | LB ILS HW_AVV |